

Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Bildung, Kinder- und Jugendinteressen beim Beirat Blumenthal
am Montag, dem 28. Juli 2014 um 18.30 Uhr
in der Mensa der Oberschule Lehmhorster Straße,
Lehmhorster Straße 5, 28779 Bremen

Anwesende:

| | |
|-------------------|---|
| <u>Ortsamt:</u> | Herr Nowack, Vorsitz Frau Rohde, Protokoll |
| <u>Ausschuss:</u> | Herr Bähr (beratend nach § 23,V), Frau Kröger-Schurr, Herr Pfaff (ab 18.44 Uhr), Frau Schüssler, Frau Stenzel, Frau Stitz, Frau Thormeier |
| <u>Gäste:</u> | Frau Albers, Herr Kraatz-Roeper, Frau Herrmann-Weide, Herr Wehrkamp Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft |
| <u>Beginn:</u> | 18.35 Uhr |
| <u>Ende:</u> | 19.45 Uhr |

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung; Genehmigung der Tagesordnung
2. Zukunft der Oberschule an der Lehmhorster Straße
 - dazu: Vertreter/Innen von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft
3. Planung und Ideensammlung für die Bildung eines Jugendbeirats
4. Anträge
5. Verschiedenes

Zu TOP 1:

Herr Nowack begrüßt die Anwesenden und lässt über die vorliegende Tagesordnung abstimmen.
Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2:

Einleitend erläutert Herr Nowack, dass am 26.06.2014 eine Deputationssitzung zum Thema stattfand. Bereits im April wurde das Ortsamt auf anstehende Veränderungen für die Oberschule Lehmhorster Straße informiert. Dazu sollte kurzfristig eine Beiratsbeteiligung im Mai erfolgen. Da das Thema jedoch noch nicht abschließend beraten war und weiterer interner Abstimmungsbedarf bestand, wurde dieser Termin wieder aufgehoben.

Laut Tagesordnung für die Deputationssitzung am 26.06.2014 sollte dort dann das Thema als Gesamtkomplex beschlossen werden, ohne dass vorher das Beiratsvotum dazu eingeholt wurde.

Zwischen der Ausschusssprecherin und dem Ortsamtsleiter wurde darauf abgestimmt, der Senatorin für Bildung und Wissenschaft (SBW) ein Schreiben zukommen zu lassen inhaltlich, dass der Beirat der Deputationsvorlage nicht grundsätzlich widerspricht und eine nachlaufende Information akzeptiert. Jedoch sollten vorbesprochene Fragestellungen beantwortet werden und Teil der Beschlussfassung werden.

Die Deputationsvorlage (Beschlussfassung) und das Schreiben an SWB sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Herr Kraatz-Röper erklärt, bereits als vor sechs Jahren der W+E-Zug (W+E = Wahrnehmungs- und Entwicklungsstörung) aufgebaut wurde, sei klar gewesen, dass bauliche Erweiterungen des Schulgebäudes notwendig seien.

Da die W+E-Klassen Rückzugsmöglichkeiten mit Küche und Werkstätten benötigen, wird das räumliche Platzangebot ausreichend für eine Dreizügigkeit inklusive einer W+E-Klasse sein. Die Reduzierung von 4 auf 3-Zügigkeit an der Oberschule Lehmhorster Straße ist dafür erforderlich und mit der Schulleitung abgestimmt.

Während der Bausituation werden die Schüler im Stadtteil so verteilt, dass möglichst keine schwerstbehinderten Kinder an der Lehmhorster Straße unterrichtet werden.

Der reguläre Start ist dann für 2015 geplant.

Frau Herrmann-Weide ergänzt, dass die Schule durchgängig fachlich betreut wird und das Kollegium mit der Problematik inhaltlich vertraut gemacht wird.

Sie macht deutlich, dass jede Schule, an der bauliche Veränderungen durchgeführt werden, gemäß der Forderung des Inklusionsplans behindertengerecht saniert werden muss.

Herr Kraatz-Röper erläutert die Problematik der personellen Ausstattung bei einer 1-zügigen W+E-Klasse. So ist es zum einen schwierig, eine ausfallende Lehrkraft zu ersetzen, aber auch ein riesiger Aufwand, wenn Schüler umziehen müssten. Dieser Gedanke wurde daher verworfen.

Die LSV-Klassen (Förderbereich "Lernen, Sprache, Verhalten") sollen erhalten bleiben, um auch die Übergänge besser gestalten zu können. Zum inklusiven Prozess gehören alle Förderbedarfe.

Frau Albers berichtet über die begonnen und bereits abgeschlossenen Bauabschnitte (*siehe hierzu die Anlage "Deputationsvorlage"*).

Die Schulleitung erklärt, die Berichte entsprächen dem Kenntnisstand, den auch die Schule habe. Großer Wunsch sei, dass die Planungen möglichst eingehalten werden.

Das Verwaltungsgebäude werde ganz zum Schluss gebaut, da die Gebäude für die Kinder als vorrangig erachtet werden. Es wird deutlich gemacht, dass Fortbildungen für das Kollegium und das zur Verfügung stellen von ausreichend Personal wichtige Forderungen sind.

Frau Kröger-Schurr schlägt vor, einen Beschluss zu fassen dahingehend, dass diese Forderungen und kompetente Begleitung auch vom Beirat gefordert werden.

Auf Nachfrage von Herrn Bähr wird erläutert, dass der Personalschlüssel zur Zeit für 5 bis 6 Kinder jeweils eine(n) Sonderpädagog(in) vorgesehen ist. Zusätzlich gibt es zur systemischen Ausstattung jeweils eine Assistenz. sollte Pflegebedarf vorhanden sein, wird noch eine weitere Kraft eingesetzt.

Es wird betont, dass die Zahl der Schulassistenzen nicht abgebaut wurde.

Herr Nowack erklärt, dass in das Schreiben an SBW auch das Thema "Sporthalle" aufgenommen wurde. So wurden Planungen für den Neubau einer Halle verlangt, da die vorhandene Halle bereits so marode ist, dass Renovierungen zu aufwändig werden.

Von einem Neubau würden auch die Vereine im Ortsteil profitieren.

Der Schulleiter bestätigt, dass der Sanierungsstau für die Halle enorm sei und vor allem der Boden, der Sanitärbereich und die Umkleiden betroffen sind. Zukünftig beschule man 21 Klassen, könne aber nur 14 in der Turnhalle unterbringen. Die anderen Kinder werden für den Sportunterricht im Stadtteil verteilt. Hierbei sei das Gefährdungspotential nicht zu unterschätzen, da die Kinder zu Fuß quer durch den Stadtteil laufen müssten. Zu beachten

sei auch, dass es trotz Ko-Edukation manchmal erforderlich sei, die Geschlechter zu trennen. Diese Unterrichtsmöglichkeit fehlt zur Zeit ganz.

Frau Kröger-Schurr meint, dass Sport zur Schulbildung dazu gehöre. Wenn schon die Schule aufbereitet werde, gehöre die Sporthalle zwingend dazu. Sie wünscht eine Beschleunigung zur Lösung des Problems.

Die stellvertretende Schulleiterin verweist zudem auf die Gesetzeslage der unbeschränkten Teilhabe.

Herr Kraatz-Röper kann die Forderungen zwar nachvollziehen und gutheißen, verweist aber darauf, dass allein durch die Einführung des Passivbaustandards das Kostenrisiko gestiegen ist und eine Umsetzbarkeit der Forderungen schwierig sein wird. Zudem sei man in anderen Baustellen in der Pflicht.

Herr Wehrkamp ergänzt, dass für die Sporthallen originär Immobilien Bremen zuständig ist. Er könne ebenfalls die Forderungen verstehen, befürchtet aber, dass ein Beginn für die Sporthallenplanung nicht vor 2018 aufgrund der Baustellensituation nicht möglich sein wird. Zudem gebe es bereits eine Prioritätenliste, aber wenig finanziellen Spielraum. Man müsse abwarten, wie die Forderungen im Sanierungsprogramm unterzubringen seien.

Herr Nowack fasst folgende Beschlussvorschläge zusammen:

1. Der Beirat Blumenthal nimmt die Beschlüsse der Deputationssitzung vom 26.06.2014 zustimmend zur Kenntnis.
2. Der Beirat Blumenthal fordert, dass ausreichend Personal und fachliche Qualifikation sowie kompetente Begleitung im Inklusionsprozess gewährleistet sein muss.
3. Der Beirat Blumenthal fordert, die Planung für den Neubau einer zeitgemäßen Sporthalle im Sinne der Inklusion voranzutreiben.

Alle Vorschläge werden einstimmig beschlossen.

Nach einer kurzen nachfolgenden Diskussion wird ebenso einstimmig beschlossen, die gefassten Beschlüsse auch an Immobilien Bremen zu senden.

Zu TOP 3:

Der vorliegende Zeitplan für die Planung zur Gründung eines Kinder- und Jugendbeirats wurde bereits im Jahr 2012 entworfen.

Während der Diskussion entwickeln sich folgende Ideen:

- Schulen, Vereine und Jugendfreizeitheime könnten kontaktiert werden
- aus anderen Stadtteilen, in denen bereits Kinder- und Jugendbeiräte etabliert sind, sollten Vertreter eingeladen werden, um über diese Organisationen und deren Entstehung zu berichten
- bei der Veranstaltung "Jugend im Parlament" könnte vorhandenes Interesse abgefragt werden
- als "seichter Einstieg" könnten Klassen Vorschläge mit ihren Wünschen einreichen, die mit einem kleinen Budget gesponsert und nach Abstimmung umgesetzt werden könnten

Zur Umsetzung der Ideen wird einstimmig beschlossen, am 23. Oktober um 17.00 Uhr eine erneute Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kinder- und Jugendinteressen einzuberufen, an der auch die Schulen und ein Vertreter eines anderen Kinder- und Jugendbeirats teilnehmen.

Eventuell kann dann in der Novembersitzung des Beirats das Thema konkretisiert und dazu Frau Heike Blanck aus der Senatskanzlei eingeladen werden.
Damit erklären sich alle Ausschussmitglieder einverstanden.

Zu TOP 4:

Es liegen keine Anträge vor.

Zu TOP 5:

Es liegen keine Themen vor.

Herr Nowack schließt die Sitzung um 19.45 Uhr

gez. Nowack
Ortsamtsleiter

gez. Kröger-Schurr
Ausschusssprecherin

gez. Rohde
Protokoll

Anlagen

Deputationsvorlage – Beschlussfassung

Schreiben an SBW

Lageplan "Oberschule Lehmhorster Straße"